

### 3 Vernehmung des Zeugen Marius Richter

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Meine Damen und Herren, wir setzen unsere heutige Beweisaufnahme mit der Vernehmung des Zeugen Herrn Richter fort. – Herzlich willkommen bei uns im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, Herr Richter.

Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, dass Bild- und Tonaufnahmen während der Zeugenvernehmung unzulässig sind.

Gleichzeitig mache ich auf § 19 unseres Gesetzes aufmerksam, nach dem Zeugen einzeln und in Abwesenheit übriger möglicher Zeugen vernommen werden sollen. Ich stelle aber fest, dass hier keine weiteren potenziellen Zeugen im Saal sind.

Herr Richter, bevor wir mit Ihrer Vernehmung beginnen, bin ich gehalten, Sie zu belehren.

Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen also nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wenn Sie hier vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich vorsätzlich falsch aussagen, kann dies mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Sie sind ferner berechtigt, die Auskunft auf solche Fragen zu verweigern, bei deren wahrheitsgemäßer Beantwortung Sie sich selbst oder einen nahen Angehörigen der Gefahr der Strafverfolgung oder der Gefahr der Verfolgung wegen einer Ordnungswidrigkeit aussetzen würden.

Haben Sie dazu Fragen?

**Zeuge Marius Richter:** Nein.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Nicht. – Der Innenminister hat mir mit Schreiben vom 26. November 2009 eine Kopie der Aussagegenehmigung für Herrn Richter übermittelt. Diese Aussagegenehmigung ist den Obleuten und Referenten zugegangen. Ich gehe daher davon aus, dass auf eine Verlesung verzichtet werden kann.

Ich möchte Sie, Herr Richter, jedoch darauf aufmerksam machen, dass Sie nicht verpflichtet sind, über Vorgänge zu berichten, die über die Ihnen erteilte Genehmigung zur Aussage hinausgehen. Sollten Sie trotzdem zu anderen komplexen Aussagen machen wollen, so müssten Sie dies auf Ihre eigene Verantwortung tun.

Möglicherweise haben Sie sich zur Vorbereitung der heutigen Sitzung noch einmal Akten angeschaut. Wenn das so sein sollte, versuchen Sie bitte, deutlich zu machen, was aus Ihrer Erinnerung stammt und was Sie aus dem Aktenstudium berichten.

Ich darf Sie dann zunächst bitten, uns Ihren vollständigen Namen zu nennen.

**Zeuge Marius Richter:** Mein Name ist Marius Richter. Ich bin ...

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Sie kennen das. Sagen Sie gleich, wie alt Sie sind.

**Zeuge Marius Richter:** Ich will Ihnen nicht vorgreifen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Bitte, wenn Sie das in einem Satz können, machen Sie es.

**Zeuge Marius Richter:** Ich bin 43 Jahre alt und Kriminalbeamter, Dienstgrad: Kriminalhauptkommissar im Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen im Dezernat 15 zur Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Ihr Dienort ist?

**Zeuge Marius Richter:** Mein Dienort ist Neuss.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Gut. – Gibt es Fragen zur Person von Herrn Richter? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Sache. Herr Richter, zunächst werden von mir einige einleitende Fragen gestellt. Anschließend werden die Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen weitere Fragen an Sie stellen.

**Zeuge Marius Richter:** Ja.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Herr Richter, können Sie uns zunächst einmal – Sie haben ansatzweise schon damit begonnen – kurz Ihren beruflichen Werdegang darstellen?

**Zeuge Marius Richter:** Ich bin im Jahre 1985 in die Polizei eingetreten, habe dort die mittlere Laufbahn eingeschlagen, bin nach relativ kurzer Zeit 1991 an die Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung in Duisburg gekommen und habe dort den Schwerpunkt auf kriminalpolizeiliche Arbeit gelegt. Zeitgleich habe ich von 1990 bis 1995 an der Universität Duisburg Wirtschaftswissenschaften studiert.

Dann habe ich mich aufgrund dieser Erfahrungen und Kenntnisse 1994 nach dem Absolvieren der Fachhochschule in Duisburg unmittelbar in den Bereich der Wirtschaftsermittlung begeben. Ich habe im Wesentlichen bis 2000 in dem Bereich gearbeitet. Ich bin dann für drei Jahre in die Ausbildung gegangen und habe als Fachlehrer in Bork-Selm für den mittleren und gehobenen Polizeidienst gearbeitet.

Darüber hinaus habe ich ab 2004 zunächst einmal auf Abordnungsbasis und ein Jahr später auf Versetzungsbasis im Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen angeheuert und habe dort schwerpunktmäßig bis letztes Jahr im Grundsatzsachgebiet von Herrn

Meuter gearbeitet. Seit Juni letzten Jahres bin ich Kommissionsleiter in unserem Dezernat und habe aktuell zwei Kommissionen zu leiten.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Okay, vielen Dank. – Herr Richter, Sie sollen heute befragt werden zum Untersuchungsgegenstand unseres Ausschusses, wie er sich nach Ziffer III des Einsetzungsbeschlusses darstellt. Bitte sagen Sie uns etwas konkreter, in welcher Funktion Sie in das Ermittlungsverfahren gegen Herrn Dr. Friedrich eingebunden waren.

**Zeuge Marius Richter:** Ich bin als einfacher Sachbearbeiter in dieses Verfahren eingebunden worden. Ich war seinerzeit Mitglied des Grundsatzsachgebietes – das hatte ich schon kurz erwähnt. Das Sachgebiet bestand aus Herrn Meuter als Leiter des Sachgebietes und darüber hinaus aus drei weiteren Kollegen – mich eingeschlossen –: aus Herrn Zenker, den Sie heute kennengelernt haben, soweit mir das bekannt ist, aus Herrn Duve und aus meiner Wenigkeit.

Bei uns ist es üblich, die entsprechenden Eingänge, also die Fälle, die zunächst einmal dem Sachgebiet Grundsatz zur Prüfung vorliegen, an die jeweiligen Sachbearbeiter zur verantwortlichen Erforschung und Ermittlung zu übergeben. Dieser Sachverhalt wies durchaus eine gewisse Brisanz schon in der Anfangsphase auf, sodass ich von Herrn Meuter gebeten wurde, mich im weiteren Verlauf in die Ermittlung mit einbinden zu lassen.

Etwa vier Wochen, nachdem die Sachverhalte bei uns eingegangen sind, bin ich richtig in die Ermittlung eingestiegen. Ich habe in der Zwischenzeit allerdings Herrn Zenker auch schon bei der Vernehmung des Herrn Bayram und der Frau Delpino unterstützt.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Was haben Sie konkret gemacht? Welche Aufgaben hatten Sie im Zusammenhang des Ermittlungsverfahrens?

**Zeuge Marius Richter:** Im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren habe ich letztlich die einzelnen Sachverhalte auf das Vorliegen der entsprechenden Tatbestandsmerkmale, die zu vermuten waren, geprüft und versucht, den Lebenssachverhalt einem Tatbestand in diesen jeweiligen Straftatbeständen zuzuordnen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Wie sind Sie erstmals mit dem Sachverhalt beauftragt worden? Von wem sind Sie informiert worden?

**Zeuge Marius Richter:** Ich bin unmittelbar am 13.07. über diesen Sachverhalt informiert worden. Nachdem Herr Meuter den Termin im MUNLV wahrgenommen hatte, kam er zur Dienststelle zurück, hat uns – das heißt: Herrn Zenker, Herrn Duve und meine Wenigkeit – zu einem Gespräch gebeten und hat uns zunächst einmal darüber informiert, dass ein derartiger Vorgang in unserem Dezernat zur Bearbeitung anstünde. Er hat ganz kurz über das Gespräch am 13. berichtet und hat letztlich in

diesem Gespräch festgelegt, dass Herr Zenker zunächst einmal die Schwerpunktsachbearbeitung hat.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Was war Ihre weitere Rolle ganz konkret im Einzelnen?

**Zeuge Marius Richter:** Ich habe dann mit Herrn Zenker zusammen die Vernehmungen von Herrn Bayram und von Frau Delpino mit vorbereitet.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Von welchem Herrn? Das habe ich akustisch nicht verstanden.

**Zeuge Marius Richter:** Von Herrn Bayram. – Ich habe diese Vernehmungen dann auch gemeinsam mit ihm durchgeführt.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Haben Sie auch Unterlagen geprüft oder gesichtet?

**Zeuge Marius Richter:** In der Anfangsphase war ich nicht unmittelbar mit der Prüfung von Unterlagen betraut. Es kam aber dann so sukzessive dazu, dass ich letztlich, als sich abzeichnete, dass ich den Vorgang bzw. die Ermittlungen in dieser Sache übernehmen würde, sukzessive in die Unterlage hineingeschaut und die Unterlagen mit bewertet habe, um letztlich meine Ermittlungsberichte dazu fertigen zu können.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Welche Unterlagen haben Sie geprüft?

**Zeuge Marius Richter:** Ich habe im Wesentlichen Unterlagen geprüft, die uns Herr Dr. Günther überlassen hat. Ich glaube, es waren vier Ordner. Ich spreche jetzt aus meiner Erinnerung. Ich habe mich auf den heutigen Termin überdies natürlich auch vorbereitet und mich in die entsprechende Spurenakte – sprich: den Bereich, den ich mit zu verantworten hatte – eingelesen.

Wir haben sukzessive diverse Unterlagen aus dem MUNLV bekommen. Ich meine, Mitte August sind vier DIN-A-4-Ordner mit Unterlagen hereingekommen. Diese habe ich mit in die Bewertung aufgenommen. Ich habe in diesen Unterlagen gelesen und habe dann versucht, aus diesen Unterlagen Ergebnisse oder Feststellungen im Hinblick auf mögliches Vorliegen bestimmter Tatbestände zu treffen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Was waren die Ergebnisse?

**Zeuge Marius Richter:** Man muss das natürlich in der Gesamtschau sehen. Im Ergebnis hat es ein Gespräch im MUNLV gegeben. Dieses Gespräch wurde für den

28.09. terminiert. Daran habe ich mit Herrn Duve vonseiten des LKA teilgenommen. Darüber hinaus waren Herr Dr. Günther und Frau Meyer-Mönnich anwesend. Wir haben im Vorfeld sehr viele Fragen herausgearbeitet, um den Sachverhalt weiter konkretisieren zu können. In diesem Gespräch haben wir dann jeweils die einzelnen Komplexe, die da waren: Geheimnisverrat ... Thematisiert wurden die Reisekosten, der Reisekostenbetrug. Thematisiert wurden auch die entsprechenden Aufträge, die Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die vergeben wurden, wie das MAPRO-Projekt, das KARO-Projekt, das Projekt GIS-Re-Evaluation.

Es gab zahlreiche Projekte, die letztlich zur Diskussion standen. Letztlich haben die Ermittlungen dahin Ergebnisse gebracht, dass in diesen Vergaben unterschiedliche Vergabeverstöße begangen wurden. Diese sollten in der Folge natürlich weiter konkretisiert werden – auch im Hinblick auf mögliche Pflichtverstöße, die im Zusammenhang mit Korruptionsdelikten eine entsprechende Rolle spielen würden.

Darüber hinaus gab es einen Sachverhalt um einen Laptop. Hatte ich das erwähnt? – Nein. Dann gab es den Sachverhalt um die Nutzung eines Pkw, der von einem Auftragnehmer zur Verfügung gestellt wurde. Es gab die Sachverhalte um die Erstellung von Vorträgen für Herrn Dr. Friedrich. Darüber hinaus gab es Verdachtsmomente hinsichtlich möglicher Korruption im Zusammenhang mit einer Urlaubsreise in Südfrankreich.

Ich denke, das wird es im Wesentlichen gewesen sein. Vielleicht habe ich das eine oder andere vergessen, aber das ist im Wesentlichen das, was mir erinnerlich ist.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Kommen wir etwas konkreter zu dieser Dienstbesprechung, die Sie gerade genannt haben und die am 28. September 2006 stattgefunden haben soll. Wie kam es zu der Dienstbesprechung? Wer hat eingeladen? Auf wessen Initiative war die Besprechung?

**Zeuge Marius Richter:** Soweit ich mich richtig erinnern kann, war das auf meine Initiative hin. Es ging letztlich darum, tatsächlich die bislang schon bewerteten Unterlagen noch weiter und noch etwas in der Tiefe zu betrachten.

Wenn Sie Unterlagen auswerten und hinsichtlich des strafrechtlichen Gehalts prüfen, ist es zwangsläufig so, dass dann immer wieder neue Fragen auftauchen, die damit einhergehen. Es war also so, dass diese Fragen letztlich weiter zur Beantwortung anstanden.

Ich kann mich auch sehr gut erinnern, dass dieser Termin noch früher als am 28.09. stattfinden sollte. Es war urlaubsbedingt nicht möglich, den Termin vorzuverlegen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Wer hat denn den Teilnehmerkreis zusammengestellt? Vielleicht sagen Sie noch einmal zusammengefasst, wer dabei gewesen ist.

**Zeuge Marius Richter:** Anwesend waren vonseiten des MUNLV Herr Dr. Günther, Frau Ministerialrätin Meyer-Mönnig und – ich meine – Herr Kamin. Herr Kamin ist ein Jurist, der mit – das weiß ich, weil ich es nachgelesen habe – Frau Schoppmann

gemeinsam mit der Prüfung von Fördervergaben beauftragt war. Für uns war natürlich durchaus interessant festzustellen, welche Ergebnisse dort letztlich im Abschluss erzielt worden sind.

Vonseiten des LKA war neben meiner Person noch Herr Duve zugegen. Herr Duve war zu diesem Zeitpunkt der Kollege, der eigentlich am wenigsten aus dem Sachgebiet Grundsatz in diese Ermittlungstätigkeit eingebunden war. Relativ früh hat sich herauskristallisiert, dass er irgendwann in Richtung der entsprechenden Kommission wechseln würde.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Wer hat den Teilnehmerkreis zusammengestellt?

**Zeuge Marius Richter:** Ich hatte an sich nur Herrn Dr. Günther als meinen Gesprächspartner gehabt. Ich habe keinen Einfluss darauf gehabt, dass noch weitere Personen anwesend waren.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Ist Ihnen Herr Dr. Günther als Gesprächspartner vermittelt worden, vorgestellt worden, präsentiert worden – oder wie kamen Sie an Dr. Günther?

**Zeuge Marius Richter:** Dr. Günther ist im Prinzip von Anfang an ein Name gewesen, der quasi für uns als die Ansprechperson im MUNLV galt. Es gab im Vorfeld Gespräche zwischen Herrn Zenker und Herrn Dr. Günther, genauso wie es Gespräche zwischen Herrn Meuter und Herrn Dr. Günther gab.

Im Wesentlichen bin ich über Herrn Meuter und Herrn Zenker zum Kontakt des Herrn Dr. Günther gekommen. Ich bin auch bei entsprechenden E-Mails cc gesetzt worden. Insoweit wusste ich, dass da diese Kommunikation in der Form stattfindet.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Was war konkret Inhalt dieser Besprechung?

**Zeuge Marius Richter:** Ganz konkret waren das die einzelnen Sachverhalte, die uns zwischenzeitlich bekanntgegeben worden sind – beginnend mit den Anfangssachverhalten. Zu Beginn gab es den Sachverhalt um die entsprechende Unregelmäßigkeit im Vergabewesen. Darüber hinaus gab es den Hinweis auf den Laptop. Es gab den Hinweis auf den Geheimnisverrat. Es gab den Hinweis auf Reisekostenbetrug.

Ich kann mich an eine E-Mail – genau weiß ich das durch das Aktenstudium – vom 10. August 2006 von Herrn Dr. Günther erinnern. Auf Anfrage von Herrn Zenker hat er einige Fragen formuliert und diese an Herrn Dr. Günther gesandt. In dieser Antwort formulierte Herr Dr. Günther noch weitere Vorwürfe oder mögliche Tatbestände bzw. Sachverhalte, die im Zusammenhang mit unserer Ermittlungsarbeit letztlich zu prüfen gewesen wären.

Ich weiß, dass es sich hierbei um die Sachverhalte des Sommerurlaubs in Südfrankreich gehandelt hat, um den Wagen, den Herr Dr. Günther zur Verfügung gestellt bekommen hat, und um die Ausarbeitung der Vorträge für Herrn Dr. Günther.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Sind Ihnen außer dieser E-Mail oder Meldung von Herrn Dr. Günther weitere Sachverhalte von Herrn Dr. Günther gemeldet worden?

(Lothar Hegemann [CDU]: Können wir eben klären, dass Herr Dr. Günther kein Auto zur Verfügung gestellt bekommen hat?)

**Zeuge Marius Richter:** Nein, Entschuldigung. Nicht Dr. Günther, sondern Dr. Friedrich. Entschuldigung.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Das war ein Versprecher.

**Zeuge Marius Richter:** Ja.

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

– Um Gottes willen, nein.

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU] – Thomas Stotko [SPD]: Ihnen bleibt auch nichts verborgen!)

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Wir sind alle hellwach, der Versprecher fällt sofort auf. – Noch mal die Nachfrage: Hat Herr Dr. Günther zusätzlich noch weitere Vorwürfe im Laufe des Verfahrens zur Sprache gebracht?

**Zeuge Marius Richter:** Soweit ich mich erinnern kann, wurde in dem Gespräch am 28.09. beispielsweise der Sachverhalt um die Vortragsvorbereitung oder Vortragsausarbeitung für Herrn Dr. Friedrich konkretisiert. Wir hatten zunächst einmal von Frau Delpino eine Aussage, die auch in diese Richtung ging. Sie meinte, dass Herr Dr. Meiners von der Firma ahu und ... – den zweiten Namen habe ich momentan nicht parat – die entsprechenden Vorträge ausgearbeitet hätten. Im Gespräch am 28.09. hat Herr Dr. Günther das insoweit konkretisiert, dass er Herr Hutzfeld oder Hatzfeld von der Firma Hydrotec mit ins Spiel gebracht hat und dies anhand einer konkreten E-Mail belegen konnte.

Jetzt muss ich überlegen: Was war noch? – Im Verlauf der entsprechenden Kommunikation wurden sicherlich Sachverhalte um die Forschungs- und Entwicklungsaufträge präzisiert. Das MAPRO-Projekt bzw. die Unregelmäßigkeiten diesbezüglich wurden immer weiter mit Unterlagen verdichtet. Darüber hinaus gab es das Projekt KARO, das die Problematik mit dem Laptop in sich hatte.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Sind bei diesen Gesprächen nur Sachverhalte erörtert worden, oder gab es auch rechtliche Bewertungen, rechtliche Überlegungen in strafrechtlicher Hinsicht? Sind solche Diskussionen auch geführt worden?

**Zeuge Marius Richter:** Mit Herrn Dr. Günther.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Ja. Ich bin immer noch bei der Dienstbesprechung.

**Zeuge Marius Richter:** Ja. Ich habe die Besprechung am 28.09. auch mit einleitenden Worten begonnen, weil wir die Bitte hatten, uns entsprechende Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Ich habe in dem Zusammenhang natürlich auch ausgeführt, wie der aktuelle Sachstand ist, das heißt, welche Straftatbestände aktuell in welchem Zusammenhang geprüft werden.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Gab es Äußerungen von Herrn Dr. Günther zu strafrechtlichen Würdigungen oder Einstufungen?

**Zeuge Marius Richter:** Nein, nicht dass ich eine besondere Äußerung erinnern könnte. Er war über wie auch immer geartete Ermittlungen oder die Ausrichtung bestimmter Ermittlungen nicht verwundert.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** „Nicht verwundert“ heißt? Woran machen Sie fest, dass er nicht verwundert war?

**Zeuge Marius Richter:** Weil er sich immer sehr proaktiv verhalten hat und unseren Bitten entsprechend alle Unterlagen vorgelegt hat. Ich habe ihm auch – das ist sicherlich eine Form der Höflichkeit und des Miteinanderumgehens – erklärt, warum wir das brauchen. Es war nicht so, dass ich ihm nur gesagt habe, ich brauche dieses und jenes, sondern ich habe schon erklärt, warum wir das brauchen.

Wir waren schon auf die Unterstützung des MUNLV angewiesen. Wir haben durchaus die Vorgaben gemacht – vor dem Hintergrund der jeweiligen Tatbestände oder der Tatbestandsmerkmale in den jeweiligen Paragrafen –, um das dann tatsächlich an den Lebenssachverhalten festzumachen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Habe ich es richtig verstanden, Sie haben die Tatbestände des Straftatbestandes gehabt und wollten das anschließend an den Lebenssachverhalten festmachen?

**Zeuge Marius Richter:** Nein. Es ist so: Wir ermitteln ja in Korruptionsangelegenheiten. Hier sind beispielsweise Delikte nach §§ 331, 332, 334 gegenständlich gewesen. Wir wissen natürlich, welche Tatbestände erfüllt sein müssen oder welche wir im Rahmen unserer Ermittlung bejahen müssen, um zu sagen: Jawohl, wir haben den

Anfangsverdacht einer derartigen Straftat. Ein Sachverhalt wird dann immer auf die entsprechende Verbotsvorschrift oder die Tatbestände subsumiert. Wir haben nicht bewusst irgendwelche Sachverhalte konstruiert, um diese passend zu den jeweiligen Tatbestandsmerkmalen zu machen.

Ich erkläre das mal: Wenn wir beispielsweise Bestechlichkeit oder Bestechung nach § 332 oder § 334 prüfen müssen, dann haben wir das Tatbestandsmerkmal des Vorteils, das Tatbestandsmerkmal der Dienstpflichtverletzung. Natürlich muss das in dem Zusammenhang geprüft werden. Sie müssen wissen: Gibt es Vorteile, die möglicherweise im Zusammenhang mit der entsprechenden Auftragsvergabe, sprich: mit einer Diensthandlung, gewährt wurden? Liegt hier möglicherweise nicht nur eine Diensthandlung vor, sondern auch eine Dienstpflichtverletzung? Zu diesen Fragen musste uns natürlich zugearbeitet werden.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Ist das auch so detailliert mit Herrn Dr. Günther erörtert worden?

**Zeuge Marius Richter:** Ja, definitiv.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Also schon die Frage einzelner Tatbestandsmerkmale und die Frage, ob der Sachverhalt unter das Tatbestandsmerkmal passt – diese Erörterungen fanden mit Herrn Dr. Günther statt?

**Zeuge Marius Richter:** Na ja, ich habe zumindest gesagt, was gegenständlich geprüft wird. Ich habe ihm gesagt, wie der Tatbestand bzw. wie die Verdachtslage aussieht. Die Verdachtslage war in dem Fall die, dass wir schon eine ganze Reihe von möglichen vakanten Vorteilen avisiert hatten bzw. die Vorteile schon herausgearbeitet hatten. In dem Zusammenhang ging es letztlich darum, beispielsweise zu bestätigen: Hat Herr Dr. Friedrich in dieser Phase tatsächlich einen Urlaub in Südfrankreich gemacht? Ich weiß, dass ich ihn auch darum gebeten habe, dass er uns Auszüge aus der Urlaubskartei zur Verfügung stellt, ob Herr Dr. Friedrich in der möglichen Zeit tatsächlich Urlaub hätte ...

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

– Herr Remmel, ich weiß es nicht. Die Erkenntnis haben wir im Laufe des Verfahrens nicht gewonnen. Wie auch immer, diese Umstände haben sich nach und nach ergeben.

Es gab auch beispielsweise eine Professur, was vielleicht ganz interessant ist. Natürlich stellten wir uns die Frage: Warum hält Herr Dr. Friedrich Vorträge an der RWTH Aachen? – Frau Delpino hatte in dem Zusammenhang in der Vernehmung erklärt, dass Herr Dr. Friedrich eine Professur anstreben würde. Es war für uns wichtig festzustellen, welche Bemühungen seitens des Ministeriums in dem Zusammenhang festgestellt worden sind. Herr Dr. Günther konnte uns beispielsweise zwei Bücher vorlegen. Ich glaube, in dem Gespräch hat er uns ein Buch vorgelegt, in dem Herr Dr. Friedrich als Mitherausgeber fungierte. All diese Umstände waren für uns dahin

gehend relevant, ob wir vielleicht den Vorteil der Ansehenssteigerung, Prestigesteigerung etc. haben.

Ob ich Herrn Dr. Günther detailliert erklärt habe, dass das oder dies einen Vorteil darstellt und das tief mit ihm diskutiert habe, war möglicherweise nicht im Detail so, aber er wusste zumindest, in welche Richtung wir die Ermittlungen führen und dass es bei entsprechenden Vorteilen ganz schnell in den Bereich der Korruption gehen könnte. Das war der Bereich, der ihm durchaus bewusst war.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Woran machen Sie fest, dass Herrn Dr. Günther bewusst war, dass es auch um Korruption ging?

**Zeuge Marius Richter:** Ich mache das an unterschiedlichen Dingen fest. Ich kann mich erinnern, dass im Vorfeld des Bekanntwerdens des Sachverhalts bzw. der Diskussion des Sachverhalts im LKA bereits ein Personalgespräch im Ministerium mit Herrn Bayram stattgefunden hat. Ich weiß, dass in diesem Gespräch beispielsweise der Kauf eines Volvo durch Herrn Dr. Friedrich thematisiert wurde, und das sicherlich vor dem Hintergrund, dass man vermutete, dass die Finanzierung des Fahrzeugs nicht durch Herrn Dr. Friedrich erfolgt ist, sondern möglicherweise durch eine andere Person.

Darüber hinaus ist mir auch relativ deutlich in Erinnerung, dass Herr Dr. Günther in seiner E-Mail an uns am 10. August die Urlaubsreise unmittelbar in einen Zusammenhang mit Auftragnehmern gestellt hatte genauso wie die Verbindung zwischen der Fahrzeugnutzung und einem möglichen Auftragnehmer. Insofern war schon klar, dass die Verquickung – Vorteil und möglicherweise Pflichtverstöße – im Zusammenhang mit den Vergabeverstößen eine entsprechende Rolle spielen würde.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Sie haben gerade gesagt, Herr Dr. Günther hätte die Urlaubsreise in Verbindung mit Auftragnehmern gestellt. Wie kam er dazu? Was wissen Sie dazu?

**Zeuge Marius Richter:** In der Phase war schwerpunktmäßig Herr Zenker in der Kommunikation mit Herrn Dr. Günther. Diesen Sachverhalt hat er uns nicht auf die entsprechenden Fragen von Herrn Zenker mitgeteilt, sondern dieser Sachverhalt ist uns aus seiner eigenen Veranlassung heraus mitgeteilt worden: Darüber hinaus wurde das und das bekannt. – Ich glaube, die Mitteilung über die Urlaubsreise ist über Frau Frotscher-Hoof an ihn gelangt und der Hinweis auf die Nutzung des Fahrzeugs über Frau Heesen (phonetisch), ehemalige Vorzimmerdame, glaube ich, in seinem Bereich.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Sie haben gerade gesagt, Herr Dr. Günther hätte sich proaktiv verhalten. Ich habe mir das so aufgeschrieben.

**Zeuge Marius Richter:** Ja, ich habe mir das schon gedacht. Ich habe das gemerkt.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Was müssen wir unter „proaktiv“ verstehen?

**Zeuge Marius Richter:** „Proaktiv“ heißt für mich, dass er uns – wie ich gerade schon gesagt habe – nicht nur auf die Anfrage des LKA Informationen zugestellt hat, sondern beispielsweise auch durch die E-Mail von sich aus weitere Sachverhalte mitgeteilt hat, von denen wir ansonsten gar keine Kenntnis erhalten hätten. „Proaktiv“ heißt für mich im positiven Sinne, dass er unsere Ermittlung unterstützt hat und immer bereit war, den Ansatz, den wir uns im Zusammenhang mit einem bestimmten Bereich überlegt hatten, von dem wir uns gewünscht hatten, dass er auch intern im MUNLV geprüft würde, mitzutragen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** In dem Zusammenhang ist mir ein Vermerk vom 27. Oktober 2006 aufgefallen – das ist im ersten Band der JM-Akte, Blatt 91 –, von Ihnen unterzeichnet, Herr Richter; wir suchen ihn gerade heraus. Es geht um ein Telefonat zwischen Ihnen und Herrn Dr. Günther. Dieser Vermerk endet mit dem Satz:

Dr. Günther schloss das Gespräch mit der Aussage, dass das MUNLV unverändert aktiv die strafrechtlichen Ermittlungen gegen Herrn Dr. Friedrich unterstütze.

Was ist mit „unverändert aktiv“ gemeint? Ist das „proaktiv“?

**Zeuge Marius Richter:** Da sind wir, glaube ich, genau auf der Ebene. Wir haben uns in der Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium auf den Korruptionserlass gestützt. Sie wissen, dass wir das Ganze als Anzeige nach § 12 Korruptionsbekämpfungsgesetz gewertet haben. Wir haben uns dabei auf die Randnummer 2.6 im entsprechenden Erlass zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung gestützt. Da ist vorgegeben – und darauf haben wir uns gestützt –, dass ein Zusammenwirken mit dem MUNLV stattfinden soll. Das ist tatsächlich in der Art und Weise erfolgt.

Ich hatte seinerzeit den Anruf getätigt, weil ich den Bericht gelesen habe – ich glaube, das war in „WELT KOMPAKT“ – und ein wenig verwundert ob der publizierten Zugeständnisse war. Ich wusste ja nicht, ob und inwieweit das tatsächlich so stattgefunden hat. Ich habe Herrn Dr. Günther angerufen, und er hatte mir dann erklärt, dass diese Zugeständnisse ... Ich glaube, er sagte mir, er hätte einen recht guten Einfall gehabt, aus der Sache rauszukommen. Er hat mir erklärt, dass er wohl nicht gegen ministeriumsinterne Richtlinien verstoßen hätte, die aber letztlich erst im Nachgang mit der Prüfung von Frau Wender von der Zentralen Vergabestelle irgendwie installiert wurden.

Dennoch sagte er mir, dass entsprechende Vergabeverstöße als solche tatsächlich gegenständlich gewesen wären, aber das Bedürfnis nach Rehabilitation von Herrn Dr. Friedrich im Rahmen des arbeitsgerichtlichen Verfahrens nach wie vor nicht in der Form erfolgt sei, wie es in der Presse letztlich kommuniziert worden sei.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Das ging mir jetzt ein bisschen zu schnell.

**Zeuge Marius Richter:** Das habe ich mir schon gedacht.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Da muss ich noch mal nachfragen. Das habe ich jetzt nicht verstanden, auch was Sie unter „Zugeständnisse“ meinten. Könnten Sie das etwas langsamer aufdröseln?

**Zeuge Marius Richter:** Mir war durchaus bekannt, dass es ein arbeitsgerichtliches Verfahren gab. Das wurde auch in dem Gespräch am 28.09. thematisiert bzw. hat mich da Herr Dr. Günther darauf hingewiesen, dass so etwas anstünde. Ich habe, nachdem ich diesen Artikel gelesen habe, mich sehr gewundert, dass man seitens des Ministeriums wohl einer Erklärung abgegeben hätte, dass Dr. Friedrich im Rahmen seiner Tätigkeit offensichtlich keine Vergaberichtlinien des MUNLV verletzt hätte. Das war so der Hintergrund.

Mir war zu diesem Zeitpunkt nicht ganz bewusst, dass es de facto diese interne Richtlinie zu dem Zeitpunkt noch gar nicht gegeben hatte, sodass diese erst im Nachhinein letztendlich auf Initiative und auf Prüfung der zentralen Vergabestelle in Person der Frau Ministerialrätin Wender initiiert wurde. Insofern konnten all die Vergaben, die im Vorfeld stattgefunden haben und die möglicherweise nicht ... Die konnten im Grunde genommen nicht gegen eine geltende Richtlinie des Ministeriums verstoßen. Denn es gab die bis dahin ja noch gar nicht.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Hat sich nach dieser Erkenntnis etwas im Ermittlungsverfahren geändert?

**Zeuge Marius Richter:** Nein. Warum auch?

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Weil Sie sagen, dass es keine Verstöße rechtlicher Art geben konnte, weil es keine interne Richtlinie gab. Dann könnte das doch Auswirkungen auf einen möglichen Anfangsverdacht oder was auch immer gehabt haben.

**Zeuge Marius Richter:** Wir waren natürlich etwas verwundert ob dieser Ausgabe des Ministeriums. Es war natürlich nicht in der Deutlichkeit in der Presse zu lesen, dass das möglicherweise eine Art der Formulierung war, um zu einer Übereinkunft zu gelangen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** War das denn Gegenstand von Erörterungen mit Mitarbeitern des Umweltministeriums und Herrn Dr. Günther?

**Zeuge Marius Richter:** Was meinen Sie jetzt konkret?

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Ihnen ist ja diese Pressemitteilung aufgefallen.

**Zeuge Marius Richter:** Richtig. Daraufhin ...

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Haben Sie daraufhin ... Genau.

**Zeuge Marius Richter:** Ich habe daraufhin Herrn Dr. Günther angerufen und im Anschluss diesen Vermerk gefertigt – das war die Initiative dafür –, weil wir diesen Bericht gelesen und uns über diese Aussage in dem Presseartikel gewundert haben.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Was hat Herr Dr. Günther denn dazu gesagt, als Sie das nachgefragt haben?

**Zeuge Marius Richter:** Ich kann mich erinnern, dass Herr Dr. Günther relativ zufrieden war. Er hat gesagt, es wäre nicht so, wie es aussehen würde. Er sagte nur, dass es de facto zu dem Zeitpunkt, als Herr Dr. Friedrich diese Vergaben zu verantworten hatte, gar nicht diese Richtlinie gab. Insoweit war es relativ einfach für das Ministerium, zu erklären, dass Herr Dr. Friedrich gegen eine solche Richtlinie nicht verstoßen hat, weil es sie vorher nicht gegeben hat.

(Karl Kress [CDU]: Ich habe den letzten Halbsatz nicht verstanden!  
Kann er das noch einmal wiederholen?)

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** – Ich bin gerade mit der Befragung dran. Sie können sich gleich melden.

Also, diese Erkenntnis, dass es keine Richtlinie gegeben hat, gegen die Herr Dr. Friedrich hätte verstoßen können, ist Ihnen von Herrn Dr. Günther erst auf Ihre telefonische Nachfrage hin ...

**Zeuge Marius Richter:** Richtig.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** ... aufgrund der Pressemitteilung mitgeteilt worden.

**Zeuge Marius Richter:** Ganz genau. Ja.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Gab es noch eine Nachfrage von Ihnen, warum er Ihnen das nicht vorher gesagt hat?

**Zeuge Marius Richter:** Also, wir haben die Vergaben ohnehin eher so in den Bereich des Vergaberechts ... Mir war der Bericht von der Frau Wender bekannt. Und sie hat in ihrem Bericht auch festgestellt, dass dort gegen Vergaberecht verstoßen wurde. Vergaberecht war für mich beispielsweise die Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen, wie es sich in dem Fall auch offensichtlich darstellt. Insofern war es für mich aus Sicht der Ermittlung nicht wesentlich relevant, ob er gegen eine mi-

nisteriumsinterne Richtlinie verstoßen hat oder gegen geltendes Recht. Es stellt so oder so einen Pflichtverstoß dar. Insofern ist das für uns unerheblich.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Dann habe ich noch eine Frage: Gab es weitere Kontakte von Ihnen zu Mitarbeitern des Umweltministeriums außer denen zu Herrn Dr. Günther, Frau Meyer-Mönnich und Herrn Kamin anlässlich dieser Dienstbesprechung?

**Zeuge Marius Richter:** Ich bin mir nicht ganz sicher. Es kann sein, dass jemand noch mit zugegen war. Aber ich glaube nicht. Ich habe in meinem Bericht alle Personen mit aufgeführt, und ich denke, dass da niemand weiter zugegen war.

Ich war noch bei einer weiteren Besprechung im MUNLV, als ich im Büro von Dr. Günther die Unterlagen übernommen habe, die wir quasi im Rahmen der Besprechung am 28.09. avisiert hatten. Die habe ich, glaube ich, am 13.10. übernommen und habe einen entsprechenden Vermerk dazu gefertigt.

Es gab dann noch einen Termin im März 2007. Das war allerdings im Wesentlichen ein Termin, um den Herrn Lech, der dann Kommissionsleiter in dieser EK Stuhl war, im Grunde genommen vorzustellen und ihn im Prinzip in das Gespräch einzubringen. Ich glaube, bei dem Gespräch war auch die Frau Wender zugegen. Insofern wäre es so, dass mir dann eine weitere Mitarbeiterin des Ministeriums vorgestellt wurde.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Was war dann Gegenstand dieses Gespräches mit Herrn Lech und Frau Wender?

**Zeuge Marius Richter:** Soweit ich mich erinnern kann, waren einzelne Vergaben, einzelne Forschungs- und Entwicklungsprojekte gegenständlich. Aber ganz genau und in der Tiefe bin ich in diesen Bereich nicht mehr involviert gewesen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Welche Kontakte gab es dann bei Ihnen im LKA nach oben? Haben Sie Berichte gegenüber Vorgesetzten jeweils zum Zwischenstand abgegeben?

**Zeuge Marius Richter:** Ja.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Oder wie lief da die Informationskette?

**Zeuge Marius Richter:** Ich habe mich regelmäßig mit Herrn Meuter – mit Sicherheit wöchentlich – zusammengesetzt und intern über dieses Thema und über die Entwicklung der einzelnen Ermittlungen in den jeweiligen Komplexen gesprochen. Wir haben uns auch dahin gehend abgestimmt, wie wir weiter vorgehen und welche Unterlagen wir möglicherweise noch anfordern müssten, um einen Sachverhalt zu verdichten, um möglicherweise be- und entlastend dann entsprechend so viel gesamt-

melt zu haben, dass wir letztlich irgendwann dieses Verfahren an die Staatsanwalt abgeben könnten. Also, es gab regelmäßige Absprachen.

Darüber hinaus habe ich meine Berichte – zumindest in der Berichtsform – regelmäßig an den Johannes Hermanns übergeben. Johannes Hermanns war seinerzeit der Dezernatsleiter im Dezernat 15, und er hat diese Berichte zur Kenntnis genommen. Und ich weiß, dass ich in einem anderen Zusammenhang von Herr Wagner gebeten wurde, bestimmte Berichte vorzulegen. Diese betrafen unter anderem auch diesen Fall, und das habe ich entsprechend getan.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Wissen Sie, ob die Hausspitze des Innenministeriums, also Herr Minister Wolf, die Herren Staatssekretäre Brendel oder Palmen, vom LKA über den Ermittlungsstand informiert worden sind?

**Zeuge Marius Richter:** Ich weiß, dass am 13. – ich glaube, im Anschluss an den Termin im MUNLV – eine entsprechende Information geflossen ist bzw. entsprechende Berichte gefertigt worden sind. Ich persönlich habe weder an Herrn Wolf noch an andere Personen im Innenministerium berichtet.

Das wäre auch nicht der richtige Weg gewesen. Vielmehr wären diese Berichte über den Sachgebietsleiter, Herrn Meuter, dann über die Dezernatsleitung und weiter über die Abteilungsleitung etc. gegangen. Es wäre also nicht so, dass ich unmittelbar an das Ministerium berichten würde.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Gut, Sie selbst vielleicht nicht. Aber ist Ihnen denn etwas von Berichten ans Ministerium bekannt?

**Zeuge Marius Richter:** Ich kann mich erinnern, dass ich in dieser Phase einen Sachverhalt hatte, der auch das Ministerium betraf. Allerdings würde ich, weil ich dafür keine Aussagegenehmigung habe, diesen nicht gerne thematisieren wollen. Ich glaube, im Zusammenhang mit diesem Fall ist berichtet worden. Allerdings würde ich jetzt nicht sagen können, zu welcher Zeit, an welche Person und durch wen berichtet wurde. Durch mich ist – wie gesagt – nicht berichtet worden.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Nun muss ich einmal nachfragen: Wieso haben Sie keine Aussagegenehmigung?

**Zeuge Marius Richter:** Ich habe eine Aussagegenehmigung, aber nicht für den Fall, der möglicherweise ... Also, das betrifft jetzt nicht den Sachverhalt um Herrn Dr. Friedrich. Das ist ein ganz anderer Fall, der aber auch kurz zuvor durch die Presse gegangen ist.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Der betrifft also gar nicht den Gegenstand unseres Untersuchungsauftrages.

**Zeuge Marius Richter:** Richtig. Ganz genau.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Das ist ein anderer Fall.

**Zeuge Marius Richter:** Er betrifft nicht den Gegenstand dieses Untersuchungsauftrages.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Na gut, dann ist das geklärt. – Wissen Sie denn, ob im Gegenzug Anforderungen vom Ministerium ans LKA gegangen sind, beispielsweise Informationsersuchen, Nachfragen, Bitten, Wünsche?

**Zeuge Marius Richter:** Ich denke, in der kurzen Phase, in der ich schwerpunktmäßig in die Ermittlungen eingebunden war, gab es keine Nachfragen. Wenn, dann wären die an den Herrn Meuter gerichtet worden.

Wir hatten zu diesem Verfahren ein Aktenzeichen der Staatsanwaltschaft, ein AR-Aktenzeichen, was auch darauf schließen ließ, dass wir uns in der Vorermittlungsphase befanden. Erst mit der Feststellung bestimmter Ergebnisse, die sich dann letztendlich auch durch meine Berichte herausstellten, wurde das ganze Verfahren zu einer Justizsache und in der Folge vom Ablauf her vermutlich etwas spannender fürs Ministerium. Ich kann Ihnen aber sonst nichts dazu sagen. Mir ist nicht bekannt, dass es in der Phase, in der ich unmittelbar in die Ermittlungen einbezogen war, diese Anfragen gab.

Vielleicht muss ich das ein bisschen präzisieren. Herr Zenker hat Ende August unser Dezernat verlassen, weil er eine Zulassung für den höheren Dienst erhalten hatte. Im Prinzip bin ich ab Mitte August so ein wenig mit in die Ermittlungen eingestiegen und habe dann im Wesentlichen im September und Oktober die Ermittlungen in dieser Sache geführt. Das ist sicherlich kein so langer Zeitraum, als dass mir das Ministerium möglicherweise die Tür eingelaufen wäre.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Abschließend noch: Welche Kontakte hatten Sie zur Staatsanwaltschaft in dem Zusammenhang?

**Zeuge Marius Richter:** Die Kontakte zur Staatsanwaltschaft wurden zunächst einmal über Herrn Meuter durchgeführt. Herr Meuter hatte meines Wissens die Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Wuppertal kontaktiert, dort die Frau Oberstaatsanwältin Thiele. Er hatte die Generalstaatsanwaltschaft diesbezüglich informiert. Er hatte dann auch die Staatsanwaltschaft Düsseldorf informiert, wo zunächst einmal das Verfahren mit dem entsprechenden AR-Aktenzeichen platziert wurde.

Meine Wenigkeit, also ich, hatte, soweit ich mich erinnern kann, möglicherweise einen oder zwei Kontakte zu dem Herrn Staatsanwalt Kumpa gehabt, allerdings wahrscheinlich nicht mit einem Auftrag belegt, sondern eher mit einer Nachfrage, ob wir das Verfahren möglicherweise an die Staatsanwaltschaft Düsseldorf reichen oder ob

wir es möglicherweise nach Wuppertal reichen. Das betraf sicherlich nur den organisatorischen Bereich.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Okay. Das war es zunächst von mir an Fragen. Vielen Dank, Herr Richter. Jetzt haben die Kolleginnen und Kollegen Gelegenheit, Fragen zu stellen. – Herr Rimmel, bitte.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Ich würde gerne noch mal auf den Anfang zurückkommen. Sie haben eben geschildert, dass Sie sich auf die Aussage heute hier durch Aktenstudium vorbereitet haben.

**Zeuge Marius Richter:** Ja.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** Gab es weitere Vorbereitungen? Hat es Gespräche gegeben in der Vorbereitung auf unsere heutige Zusammenkunft?

**Zeuge Marius Richter:** Natürlich. Es sind ja auch andere Kollegen meines Dezernates vor diesen Ausschuss geladen worden. Wir haben uns ganz gezielt bzw. ganz bewusst nicht über irgendwelche Inhalte unterhalten.

Meine persönliche Vorbereitung betrifft tatsächlich den Bereich, den ich zu verantworten hatte. Ich habe mich intensiv mit der Spurenakte beschäftigt. Die Diskussion, die wir im Dezernat 15 oder im Kreise der hier vorgeladenen Kollegen hatten, betraf im Wesentlichen die Aussagegenehmigung, weil wir uns – das muss ich ganz ehrlich sagen – verhältnismäßig unsicher waren, wie wir diese auslegen sollen. Dahin gehend gab es eine Besprechung. Aber ansonsten haben wir uns ganz gezielt und ganz bewusst nicht über die Themen unterhalten, die hier möglicherweise gegenseitlich sein könnten.

**Johannes Rimmel (GRÜNE):** In dem Vermerk, der der Anzeige vorausgeht – das ist IM Band 259, Blatt 112 ff. –, wird von einem Gespräch zwischen Ihnen, Herrn Zenker und Herrn Meuter berichtet; da seien die vom MUNLV dargestellten Fakten entsprechend gewertet worden. Gab es in dieser Wertung irgendwelche Diskussionen, die möglicherweise strittig waren?

**Zeuge Marius Richter:** Also, es war uns durchaus bewusst, dass ... In der Anfangsphase gab es diesen Hinweis auf den Verstoß hinsichtlich der Vergaben im Zusammenhang mit ... Da wurde eine Summe von etwa 2,1 Millionen thematisiert. Es gab verhältnismäßig vage Hinweise auf Korruption, auf möglicherweise Vorteile, die Herr Dr. Friedrich im Gegenzug für eine möglicherweise Bevorzugung von Auftragnehmern in einem entsprechenden Vergabeverfahren praktiziert hatte. Diese waren natürlich nicht insoweit konkret, als dass man sagen konnte, damit können wir oder damit hätten wir schon eine gesamte Leiste oder eine Schiene von Delikten, die wir jetzt thematisieren würden.

Soweit ich weiß, sind Herrn Meuter Unterlagen schon an dem Termin am 13. übergeben worden. Ich glaube auch, in dem Zusammenhang mich erinnern zu können, gab es auch die Unterlage zu dem Personalgespräch mit Herrn Bayram. Ich kann mich erinnern, dass Herr Meuter, als er aus dem Ministerium kam, unter anderem diesen Volvo thematisiert hatte. Das muss in dem Gespräch im Ministerium dann ja offensichtlich auch ein gewisses oder ein zentrales Thema dargestellt haben, dass man vermutete, dass das gegebenenfalls als Vorteil dem Herrn Dr. Friedrich zugegangen ist.

Es gab den Sachverhalt Geheimnisverrat, und es gab den Hinweis darauf, dass Herr Dr. Friedrich auch nebenamtlich Vorträge an der RWTH Aachen halten würde. In der Kombination – Laptop, Vorträge – ergab sich für uns schon der Anfangsverdacht einer möglichen Korruption im Amt, wobei uns natürlich durchaus bewusst war, dass diese Sachverhalte noch wesentlich stärker vertieft werden müssten im Laufe der Ermittlungen. Dass wir das im Laufe der Ermittlungen auch versucht haben, das ergibt sich, denke ich, auch aus der Akte, dass wir da sehr tief eingestiegen sind. Aber ansonsten ...

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ich wollte fragen, ob es unter Ihnen dreien eine Diskussion darüber gab, wie diese Vorfälle zu bewerten sind oder ob das eindeutig entsprechend, wie es in der Anzeige dann auch auftaucht, als § 131 ff. einzustufen ist.

Die zweite Frage, die sich anschließen würde, ist, ob Herr Meuter oder Herr Wagner möglicherweise berichtet hat, dass diese Einschätzung in dem Gespräch mit dem MUNLV in irgendeiner Weise strittig gewesen ist.

**Zeuge Marius Richter:** Frage zwei: Es gab kein Gespräch zwischen Herrn Wagner und meiner Person.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Okay!)

Ich weiß, Herr Meuter hatte uns berichtet, dass es sich relativ klar darstellt. Wir haben immer bei eingehenden Hinweisen – insbesondere, wenn es sich um Fälle handelt, die möglicherweise dann auch in der Folge eine gewisse Brisanz haben dürften – versucht, das Wissen oder die Möglichkeiten, die jeder Einzelne hat ... Oder wir haben natürlich versucht, diese Sachen gemeinsam zu bewerten und auch kontrovers zu diskutieren. Das ist durchaus üblich. Ich kann mich aber nicht erinnern, dass wir dort sehr stark auseinander gegangen sind.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Okay!)

Also insoweit, würde ich sagen, haben wir das auch zunächst einmal von der Anfangslage oder vom Anfangsverdacht her tatsächlich mitgetragen, ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Aber diese vagen Hinweise zu diesem Zeitpunkt wurden dann später – Sie hatten das eben dargestellt – durch Herrn Dr. Günther beispielsweise mit der Mail vom 10.08. – Frankreichurlaub, Volvo usw. – konkretisiert?

**Zeuge Marius Richter:** Also, es wurde ... Wir haben es natürlich jetzt nicht dem Herrn Dr. Günther überlassen, die Verdachtsmomente nach seinen Vorstellungen zu vertiefen oder zu konkretisieren, sondern wir haben schon die Vorgaben gemacht, was wir uns vorstellen. Dass wir natürlich in einem solchen Fall wesentlich härtere Fakten brauchen, das war schon durchaus klar, und ich glaube, wir haben diese auch entsprechend eingefordert. Deswegen gab es auch diese recht intensive Kommunikation zum MUNLV und die Bitte, auch tatsächlich die Unterstützung dann beizubehalten. Ich hatte nie, muss ich ganz ehrlich sagen ... Ich hatte auch nicht unbedingt das Gefühl, dass das MUNLV eine andere Ausrichtung in dem Fall hatte. Das Gefühl hatte ich nicht, nein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Haben Sie sich denn zu einem späteren Zeitpunkt gewundert, dass das MUNLV zumindest in der öffentlichen Darstellung von Korruptionsvorwürfen nichts mehr wissen wollte?

**Zeuge Marius Richter:** Ja, sicher. Also, wir sind alle sehr verwundert gewesen; das kann ich also durchaus sagen. Ich war sehr überrascht, zumal ich natürlich die Gespräche mit Herrn Dr. Günther ja auch mitbekommen habe. Und ich habe Ihnen ja gesagt: Letztendlich hat man im Ministerium selbst schon in der Anfangsphase, bevor dieser Sachverhalt an das Landeskriminalamt weitergereicht wurde, den Herrn Bayram in einem Personalgespräch auf diesen Volvo hin angesprochen. Also, man hatte offensichtlich schon die Vermutung, dass dort gegebenenfalls irgendwelche Vorteile – wie auch immer, in Form von Sachzuwendungen – erfolgt sind. Also insofern sicherlich nicht, nein.

Im Übrigen: Ich hatte ja die E-Mail vom 10. August jetzt auch noch einmal thematisiert. Da wird auch schon ganz konkret auf Vorteile hingewiesen, die möglicherweise im Zusammenhang mit Auftragnehmern geflossen sind. Man hat uns immer auf eine sehr, sehr enge Verbindung zwischen Herrn Dr. Friedrich und den Auftragnehmern hingewiesen, und das ist in der Konstellation ... Wenn Sie über Jahre Korruption bearbeiten und wirklich sehr viele Fälle in unterschiedlichen Formen und Ausprägungen wahrnehmen, dann sind gewisse Dinge, gewisse Indikatoren einfach zwingend, auch für das MUNLV, anzunehmen, dass dort möglicherweise Korruption im Raume ist.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Würden Sie ... Moment, ich muss ordentlich zitieren; sonst werden die Kollegen wieder unruhig.

**Zeuge Marius Richter** (an die Abgeordneten der CDU und der FDP gewandt): Ich will nicht unhöflich sein, wenn ich mich jetzt von Ihnen wegwende.

(Wolfgang Schmitz [CDU]: Das macht nichts!)

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Das machen wir gleich; ich finde das bestimmt gleich. – Ach so, das ist JM Band 1, Blatt 88. Das ist ein Schreiben von Herrn Dr. Günther, an Sie gerichtet, mit einem Faxvorblatt. Das ist Blatt 87; Blatt 88 ist dann das konkrete Schreiben. Bezug genommen wird da auf die letzte Besprechung, die stattgefunden

den hat, und dann berichtet halt Herr Dr. Günther über ... Thema war die Nähe zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber.

Beispielsweise führte er aus: Es besteht offensichtlich ein Duzverhältnis des ehemaligen Abteilungsleiters. – Weiter wird ausgeführt, dass Herr Dr. Friedrich eine sehr unangemessene Nähe zu den diversen Auftragnehmern gepflegt hat oder dass er mit IFEU-Mitarbeitern auf der Du-Basis kommunizierte. – Herr Dr. Friedrich hat sich offenbar – dieser Eindruck entsteht; Wertung von Herrn Günther – einen Vortrag schreiben lassen. Oder dann weiter: Die Mail erweckt den Eindruck ... Und so weiter.

Das sind solche Sachen, wo Sie die Nähe Auftraggeber/Auftragnehmer identifizieren und worauf Herr Dr. Günther dann hingewiesen hat?

**Zeuge Marius Richter:** Ja, ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ich würde gern noch einmal auf die Besprechung im MUNLV vom 28.09. zurückkommen – das entsprechende Protokoll, das Sie unterschrieben haben. Sie haben das Protokoll gefertigt?

**Zeuge Marius Richter:** Richtig, ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Das liegt uns vor. Ich möchte zitieren – JM Band 1, Blatt 67 –:

In der gemeinsamen Besprechung erklärte Herr Dr. Günther, der Sachverhalt sei eher aus disziplinarrechtlicher und arbeitsrechtlicher Sicht von Bedeutung, zumal der Nachweis der Dozententätigkeit an den bezeichneten Tagen nur schwerlich geführt werden könne. Insoweit wurde übereinstimmend festgelegt, den Ermittlungsschwerpunkt nicht auf einen möglichen Reisekostenbetrug zu fokussieren.

**Zeuge Marius Richter:** Ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Stimmt es, dass übereinstimmend festgelegt wurde, den Ermittlungsschwerpunkt nicht auf die Reisekosten zu fokussieren? Also: An dem Gespräch haben Vertreter des MUNLV und Vertreter des LKA teilgenommen.

**Zeuge Marius Richter:** Ja, richtig. – Ich kann mich an die Situation erinnern. Wir haben an diesem Tage sehr viele Sachverhalte besprochen. Das ist eigentlich ein ganz guter Hinweis, den Sie gerade gegeben haben, denn dann sieht man schon, dass wir uns auch sehr wohl über die strafrechtliche Bewertung bzw. auch die Ausrichtung des Verfahrens unterhalten haben.

Es ist durchaus richtig, dass der Bereich des Reisekostenbetrugs als solcher letztlich dauerhaft aus meiner Sicht nicht unbedingt haltbar gewesen wäre. Ich glaube, es gab da zwei Fälle, in denen Herr Dr. Friedrich die Verpflegung nicht angesetzt hatte. In dem Bereich, gerade bei Betrugsdelikten, ist es so, dass diese sehr komplex sind.

Ich habe da für mich persönlich oder aus Sicht der Ermittlung sicherlich keinen Schwerpunkt gesehen, und das habe ich auch dem Herrn Dr. Günther sicherlich so kommuniziert.

Für mich schien das aber auch so, dass ... Herr Dr. Günther hatte nun auch in diesem Gespräch thematisiert, dass das arbeitsgerichtliche Verfahren stattfindet. Ich vermute, dass das für ihn möglicherweise auch eher bedeutsam gewesen wäre als Verstoß. Für uns gab es aus Sicht der Ermittlung weiß Gott andere Sachverhalte, die wesentlich intensiver zu erforschen gewesen wären. Diesen Sachverhalt als solchen haben wir im Übrigen oder habe ich natürlich mit aufgenommen; nur war mir von Anfang an bewusst, dass das nicht den Schwerpunkt darstellen konnte.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Aber warum musste „übereinstimmend“ festgelegt werden?

**Zeuge Marius Richter:** Jetzt wollen Sie natürlich wissen, warum ich diese Formulierung gewählt habe.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Also, warum musste eine Übereinstimmung mit dem MUNLV an dieser Stelle hergestellt werden?

**Zeuge Marius Richter:** Na gut, es muss keine Übereinstimmung mit dem MUNLV dahin gehend erzielt werden. Aber wir waren in einer relativ ... Es war eine sehr kooperative Art und Weise, wie wir miteinander umgegangen sind. Das ist im Grunde genommen auch ein Beispiel dafür. Es ist durchaus meine Philosophie, dass man im Rahmen einer derartigen Kooperation dann auch berichtet, inwieweit die Ermittlungen in welchem Bereich sich konzentrieren.

Die Ansicht war die, dass wir an sich in dem Bereich eben die ... Das war inhaltlich aus unserer Sicht nicht so schwerwiegend. Insoweit ist die Formulierung möglicherweise nicht ganz korrekt gewählt. Aber ich habe es dem Herrn Dr. Günther auch so mitgeteilt, und es war nachvollziehbar. Denn ansonsten hätten wir auch für diesen Punkt noch sicherlich weitere Aktionspunkte festgelegt. Aber ich denke tatsächlich, das waren wirklich ... Es ging da um ganz geringe Beträge, und es ging tatsächlich nur um diese zwei Vorgänge. Er hatte mir nun auch ausgeführt, dass der eine Bereich da gar nicht in irgendeiner Art und Weise noch weiter vertieft werden konnte. Insoweit war das ...

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Also, der Hintergrund war einfach: Weil es schwerere Straftaten gab, ...

**Zeuge Marius Richter:** Richtig, ja, ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** ... die noch im Raum standen; deswegen konnte man das ...

**Zeuge Marius Richter:** Zumindest Straftaten, die sicherlich einer höheren Konzentration an Ermittlung bedurften, ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Dann heißt es weiter auf Blatt 66 im gleichen Vermerk:

Mit Fax vom 14.07.2006 übersandte das Umweltministerium eine strafrechtliche Beurteilung im Hinblick auf § 353b Strafgesetzbuch mit dem Ergebnis, dass ein Anfangsverdacht begründet sein könnte.

Hatten Sie um eine solche strafrechtliche Bewertung gebeten?

**Zeuge Marius Richter:** Ich hatte es sicherlich nicht; ich war zu dem Zeitpunkt nicht schwerpunktmäßig in diese Ermittlung eingebunden. Ich weiß, dass der Schwerpunkt beim MUNLV auf dem Bereich des Geheimnisverrates und in dem Bereich der entsprechenden Auftragsvergaben bzw. Verstößen im Zusammenhang mit den Vergaben lag. Ich habe da sicherlich nicht um eine rechtliche Stellungnahme gebeten. Ich habe die jetzt auch nicht mehr erinnerlich. Wenn Sie mich jetzt fragen, was dort jetzt ganz genau ausgeführt wurde, dann müsste ich passen.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Aber es ist üblich, dass Sie um strafrechtliche Einschätzungen bitten, möglicherweise?

**Zeuge Marius Richter:** Sicherlich nicht, nein. Die ist für uns wenig relevant.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Dann würde ich gerne weiter zitieren – JM Band 1, Blatt 70; das ist vier Seiten weiter aus demselben Vermerk –:

Nach Einlassung des Dr. Günther habe Herr Dr. Friedrich keinen inhaltlichen Vermerk über sein Gespräch mit Herrn Staatssekretär Dr. Schink gefertigt, obwohl dies verwaltungsüblich gewesen wäre. Im Ergebnis habe der Herr Staatssekretär aufgrund der Darstellung des AL IV das Projekt gebilligt. Auch im Gespräch mit Herrn Dr. Günther hat dieser hervorgehoben, dass eine derartige Billigung durch den Staatssekretär Dr. Schink nicht ergangen wäre, wenn dieser darauf hingewiesen worden wäre, dass der AL IV an der RWTH Aachen als Dozent tätig sei.

**Zeuge Marius Richter:** Ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Das ist so von Herrn Dr. Günther auch in das Gespräch eingeführt worden?

**Zeuge Marius Richter:** Natürlich ist das so eingebracht worden. Ich hätte es sonst nicht niedergeschrieben.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Wurden denn die Angaben, die Herr Dr. Günther da gemacht hat, überprüft?

**Zeuge Marius Richter:** Ich habe nicht mit Herrn Staatssekretär Schink darüber gesprochen. Deswegen konnte ich nicht annehmen, deswegen war es für mich nicht nachvollziehbar oder ich konnte nicht nachweisen, inwieweit möglicherweise Herr Dr. Schink entsprechend reagiert hätte. Das kann ich nicht bestätigen. Allerdings ist es tatsächlich so, dass dieser Vermerk, den ich gefertigt habe, auch in Gänze genau das wiedergibt, was dort mit Herrn Dr. Günther auch kommuniziert wurde. Insoweit trifft es zu, dass er es so gesagt hatte.

Was lediglich die handschriftliche ... Also, es ging um das MAPRO-Projekt, wenn ich das soweit gut erinnern kann. In diesem MAPRO-Projekt war es so, dass dort die Referatsleiter 7 und 8 sicherlich oder offensichtlich nicht mit der Vergabe an die RWTH Aachen respektive an die entsprechenden weiteren Unternehmen einverstanden gewesen sind vor dem Hintergrund, dass dort bestimmte Missstände festgestellt worden sind, insbesondere auch, dass ein Vergabeverfahren nicht durchgeführt wurde oder man der Ansicht war, dass dort möglicherweise auch noch politische Belange berührt sein könnten.

In so einem Fall bestätigte mir Herr Dr. Günther, dass es dann nicht unbedingt ausreichend, dort einen handschriftlichen Vermerk vorzunehmen, dass das irgendwie mit dem Herrn Dr. Schink abgestimmt worden ist, sondern üblicherweise – und das ist durchaus nachvollziehbar – da auch ein entsprechender Vermerk oder eine Begründung oder was auch immer gefertigt würde. Ich habe daran nicht gezweifelt, dass das nicht der Fall ist. Ich habe aber nicht explizit in der Verwaltung nachgefragt, ob genau dieser Ablauf der übliche Ablauf gewesen wäre.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ich zitiere dann weiter aus JM Band 1, Blatt 75 – also wieder ein paar Seiten weiter –:

Herr Dr. Günther hob hervor, dass eben auch derartige Fachbücher für den Professoreleistungsnachweis erforderlich seien. Diese dürften sich sehr gut in das benötigte Schriftverzeichnis von wissenschaftlichen Abhandlungen als Herausgeber einfügen. Von Interesse könnte ebenfalls die Feststellung des Herrn Dr. Günther sein, dass sich im gesamten Fachbuch „Membrantechnik für die Abwasserreinigung“ tatsächlich kein Beitrag des Herrn Dr. Friedrich finden lasse. Es sehe daher so aus, als handele es sich lediglich um eine von Herrn Dr. Friedrich zusammengefasste Sammlung von Abhandlungen anderer Verfasser.

Das ist auch Gegenstand des Gespräches gewesen?

**Zeuge Marius Richter:** Aber ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Hatten Sie denn nie den Eindruck oder zumindest einmal in Erwägung gezogen, dass die ganzen Äußerungen von Herrn Dr. Günther und seine proaktive Haltung möglicherweise auch interessengeleitet sein könnten?

**Zeuge Marius Richter:** Das kann ich also mit sehr deutlichem Nein beantworten.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Zweifel hat es da nie gegeben?

**Zeuge Marius Richter:** Nein, nein. Ich kann Ihnen definitiv bestätigen, dass wir die Vorgaben hinsichtlich der erforderlichen Unterlagen gemacht haben und uns da sicherlich nicht haben instrumentalisieren lassen, wenn Sie möglicherweise darauf hinaus wollen.

Ich habe versucht, mich in der Kürze der Zeit in diesen Sachverhalt sehr intensiv einzuarbeiten, und habe versucht, möglichst viele Ermittlungsansätze zu finden. Ich habe mich auch in der Perspektive auf die weiteren Ermittlungen hin schon auf bestimmte Dinge oder bestimmte Maßnahmen avisiert. Es war nie die Absicht gewesen, uns lediglich auf Angaben von einem Herrn Dr. Günther oder auf die Angaben von Frau Delpino zu stützen. Wenn Sie meine Berichte lesen, werden Sie sehen, dass ich an vielen Stellen Hinweise gegeben habe auf Personen, die meines Erachtens noch zu vernehmen sind, um letztendlich Angaben in allen Bereichen, in allen vakanten Sachverhalten zu objektivieren. Das ist Ziel meiner Ermittlung von Anfang an gewesen, insbesondere weil mir auch durchaus bewusst war, dass diese Ermittlungen mit Sicherheit auch eine entsprechende Nachhaltigkeit haben.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Gut. – Dann würde ich gerne noch abschließend auf das Gespräch kommen, das im März geführt worden ist. Ich glaube, es war der 07.03.2007. Kann das sein?

**Zeuge Marius Richter:** Das kommt hin, ja.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Nein, am 08.03.2007, Dienstbesprechung im MUNLV. Das ist wohl eine längere Dienstbesprechung gewesen, an der Sie teilgenommen haben. Können Sie sich erinnern, wer da sonst noch teilgenommen hat?

**Zeuge Marius Richter:** Ich weiß, Herr Lech hatte mich im Vorfeld darum gebeten, ihn dort als verantwortlichen Kommissionsleiter vorzustellen. Ich weiß, dass Herr Dr. Günther an dieser Besprechung teilgenommen hat. Ich weiß, dass Frau Wender an dieser Besprechung teilgenommen hat, weil dort letztlich auch der Bereich der Vergaben schwerpunktmäßig thematisiert werden sollte und sie diesen entsprechenden Bericht gefertigt hatte. Und ich weiß, dass Frau Meyer-Mönnich auch mit bei dem Gespräch anwesend war. Ich kann mich aus meiner Erinnerung an keine weiteren Teilnehmer erinnern.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Waren Sie an der Abfassung des entsprechenden Vermerks oder des Protokolls über das Gespräch beteiligt?

**Zeuge Marius Richter:** Nein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Sind Sie zu einem späteren Zeitpunkt in die Abfassung oder Korrektur mit einbezogen worden?

**Zeuge Marius Richter:** Nein, nein, nein. – Ach so, es mag sein, dass mir Herr Lech diesen Bericht einmal vorgelegt hat und ich drübergelesen habe, ob das vollständig und nach meiner Erinnerung tatsächlich so Thema war. Nur habe ich mir bei diesem Termin keine Notizen gemacht. Anders war es beim Gespräch am 28.09.; ich weiß nicht, wie viele Blätter ich da vollgeschrieben habe. Aber ich habe natürlich sämtliche Aussagen aufgenommen und sämtliche Fragen gestellt und mir entsprechende Notizen gemacht. – Bei dem Gespräch im März habe ich das nicht gemacht, nein. Da war es auch von Anfang an so beabsichtigt, dass Herr Lech die Führung dieses Gesprächs hatte. Ich habe lediglich mit einleitenden Worten den Herrn Lech vorgestellt und ihn als Kommissionsleiter im Prinzip dann übergeben, als Gesprächspartner.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ich würde gern aus IM Band 229, Blatt 6584 f. zitieren. Das bezieht sich auf das Gespräch ...

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Haben wir noch eine andere Fundstelle dazu? Wir haben diese Akten jetzt gerade nicht hier.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Nicht erkennbar jedenfalls.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Was war das, 259?

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Nein, 229.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Worum geht es da? Was ist das für ein Schriftstück? Vielleicht finden wir das so.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Das ist: Besprechungsprotokoll zur Dienstbesprechung von Donnerstag, dem 08.03.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Fangen Sie einfach einmal an, wenn kein Protest kommt.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Hier steht:

Herrn Dr. Günther fiel auf, dass seit der Entlassung des Herrn Dr. Friedrich kaum noch Anträge für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben gestellt werden. Dazu wurde Herr Dr. Günther heute gebeten, von möglichst weit zurückliegend bis heute Listen zu den F+E-Anträgen zu übersenden.

Können Sie sich an diesen Sachverhalt erinnern?

**Zeuge Marius Richter:** Sehr vage. An die erste Aussage kann ich mich, glaube ich, erinnern, dass dort eine derartige Aussage getroffen wurde. Aber es wäre sicherlich falsch, wenn ich jetzt sagen würde, ich könnte mich jetzt detailliert daran erinnern. Nein.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Wir haben die Seiten, die Sie angegeben haben, auch vorliegen. Wir meinen, dass das was anderes ist!)

– Also, ich denke, Herr Lech wird Ihnen dazu sicherlich etwas sagen können.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Ist das der Vermerk von Herrn Lech?

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ja.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Welche Seite des Vermerks? Den Vermerk haben wir hier in einer anderen Akte gefunden.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Seite 1.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Seite 1 des Vermerks von Herrn Lech. – Der Vermerk vom 09.03.2007?

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Genau.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Und welche Stelle haben Sie jetzt zitiert?

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Welche Stelle?

Herrn Dr. Günther fiel auf, dass seit der Entlassung des Herrn Dr. Friedrich kaum noch Anträge für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben gestellt werden. Dazu wurde Herr Dr. Günther heute gebeten, von möglichst weit zurückliegend bis heute Listen zu den F+E-Anträgen zu übersenden.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Das finden wir nicht in dem Vermerk.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Vielleicht haben Sie den falschen.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Können Sie Ihre Fundstelle noch einmal genau sagen?)

– IM Band 229, Blatt 6584.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Das ist etwas anderes, definitiv!)

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Ich habe hier: Dienstbesprechung beim MUNLV, Vermerk Neuss, 09.03.2007. Es geht wie folgt los:

Zur Absprache des weiteren Informationsaustausches in Sachen Dr. Friedrich wurde gestern im MUNLV eine Dienstbesprechung abgehalten.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ja. Aber – das folgt auf die Mail von Herrn Lech vom 12. März. Das ist das Vorblatt.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Wir suchen es jetzt einmal im PC bei uns. Welche Seite bei Band 229?

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Blatt 6584.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Das ist das nächste: 6585!)

– 6584 ist das Vorblatt, und 6585 ist das Blatt, aus dem ich zitiert habe.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty** (nach einigem Suchen): Wir finden es jetzt hier nicht in der Originalakte. Der Vermerk sieht bei uns etwas anders aus. – Herr Knitsch, kommen Sie doch einmal und zeigen Sie uns Ihren Vermerk. Dann legen wir ihn einmal neben unseren.

(Referent Peter Knitsch [GRÜNEN-Fraktion] geht mit den Unterlagen zum Vorsitzenden.)

Ich unterbreche die Sitzung kurz, damit wir die Akten holen; denn möglicherweise gibt es von einer Sache unterschiedliche Versionen.

(Kurze Unterbrechung)

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Wenn das ein Problem darstellt, dann verzichte ich auf die Fragen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Sonst können wir das anhand des Laptops konstruieren. – Gut, dann machen wir weiter.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ich hätte gerne drei Fragen zu diesem Vermerk gestellt, aber dann mache ich das zu einem späteren Zeitpunkt, vielleicht bei einem anderen Zeugen.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Ich möchte Sie nicht daran hindern.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Ich würde gerne drei Zitate vorlesen und fragen, ob sich der Zeuge an die Sachverhalte erinnert. Dann zitiere ich, ohne dass Sie den Vermerk gelesen haben. Ist das in Ordnung?

**Zeuge Marius Richter:** Ich habe kein Problem damit.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Hier heißt es zum Beispiel: Zu den vom Arbeitsplatz des Herrn Dr. Friedrich gesicherten Daten wurde abgesprochen, dass seitens des MUNLV getrennt wird, welche Daten dem Arbeitsbereich und welche dem privaten Bereich des Herrn Dr. Friedrich zuzurechnen sind. – Ich wollte nur fragen, ob Sie sich an den Sachverhalt erinnern können.

**Zeuge Marius Richter:** Ich kann mich erinnern, dass auch über den Arbeitsplatz von Herrn Dr. Friedrich gesprochen wurde. Aber ich kann mich nicht detailliert an diese Aussage erinnern, nein.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** In dem Vermerk heißt es weiter: Einhellig waren die Vertreter des MUNLV der Meinung, dass man an den Vergaben der Abteilung IV riechen könne, dass da was faul ist. Erst durch die jetzt durchgeführte Prüfung fiel auf, dass jeder Sachbearbeiter bis zu jeder Summe Forschungsaufträge bewilligen durfte.

**Zeuge Marius Richter:** Auch an den Wortlaut kann ich mich beim besten Willen nicht erinnern, also zumindest an den Wortlaut, auf den Sie möglicherweise abstellen. Sicherlich nicht.

**Johannes Remmel (GRÜNE):** Dann bin ich fertig. Vielen Dank.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Als Nächster Herr Kress.

**Karl Kress (CDU):** Herr Vorsitzender, ich muss erst mal sagen: Ich wollte Sie eben nicht unterbrechen. Manchmal ist es einfacher, wenn man sich die Vorlage in Gänze ansieht. Das war und ist bei uns gängige Praxis. Darum will ich noch einmal ganz genau auf die Seite, die Sie eben aufgerufen haben, zu sprechen kommen – IM, Band 1, Blatt 91, der Vermerk zum Arbeitsgerichtsverfahren. Da haben Sie die Differenzierung gebracht, Sie waren irritiert. Dann haben Sie die Differenzierung gebracht – wortwörtlich steht da drin –: ... dass Herr Dr. Friedrich nicht gegen ministeriale Vergaberichtlinien verstoßen hat, wohl aber gegen geltendes Recht. – Ist das richtig so?

**Zeuge Marius Richter:** Ja, ganz genau.

**Karl Kress (CDU):** Dann komme ich noch einmal auf das, was jetzt schon mehrfach angesprochen wurde, zu sprechen, die Nähe des Auftraggebers zum Auftragnehmer. Ich zitiere aus IM, Band 1, Blatt 72 ff. oder auch IM, Band 1, Blatt 296 – der lange Weg zu einer Professur. Herr Remmel hat eben nachfolgende Seiten zitiert.

Sie sagen darin wortwörtlich und ich gebe das 1:1 wieder: Aus dem gesamten Verhalten des Dr. Friedrich ist das latente Bestreben nach einer Professur ersichtlich. Sie stellen damit eine direkte Verbindung zwischen der Auftragsvergabe im Rahmen des Projekts MAPRO und der angestrebten Professur dar. – Vielleicht können Sie

das noch einmal ein bisschen erläutern und begründen. Es ging ja in Sachen MAPRO um sehr viel Geld. Vielleicht können Sie uns dazu noch etwas sagen.

**Zeuge Marius Richter:** Wenn man sich auf so ein Verfahren ausrichtet oder sich mit einem solchen Lebenssachverhalt befasst, dann gibt es bestimmte Dinge, die sehr signifikant sind, die möglicherweise bestimmte Korruptionsindikatoren enthalten. Es ist schon sehr auffällig gewesen, dass von unterschiedlichen Seiten her berichtet wurde, dass Herr Dr. Friedrich unterschiedliche Bestrebungen hatte, zum einen als Mitverfasser in entsprechender Fachliteratur aufzutreten, er entsprechende Fachvorträge an der RWTH Aachen gehalten hatte, an dem Institut von Herrn Prof. Pinnekamp.

Ich kann mich erinnern, dass auch in der Vernehmung von Frau Delpino diese darauf eingegangen ist. Sie hat zu Herrn Pinnekamp auch wohl erklärt, dass Herr Dr. Friedrich sehr wohl sich dahin gehend geäußert hätte, dass Herr Pinnekamp wohl ihm auch seine Position zu verdanken hätte.

Aus eben vielen vergleichbaren Situationen oder Sachverhalten ist zum einen eine sehr enge Verbindung zwischen Herrn Pinnekamp und Herrn Friedrich deutlich geworden. Ich hatte mir dann eine E-Mail vorlegen lassen, auch in dem Gespräch am 28.09. Ich habe allerdings nicht den Namen des Professors gegenständlich, der seinerzeit diese E-Mail verfasst hatte; die ist, glaube ich, aus dem Jahre 2003/2004, wenn ich das so weit nachvollziehen kann. Und in dieser E-Mail ging es auch um die Begrifflichkeit Berufung. Das heißt, es gab von unterschiedlichen Seiten her, nicht nur von Frau Delpino, sondern von unterschiedlichen Seiten her, Tendenzen, dass dort tatsächlich so etwas bestrebt ist. Für mich war es gut nachvollziehbar. Für mich spielte in diesem Zusammenhang auch eine Rolle, dass Herr Dr. Friedrich sich hat Vorträge ausarbeiten lassen, um eine entsprechende Fachlichkeit nach außen zu dokumentieren. Ich habe mir immer wieder die Frage gestellt: Warum macht er das? Was ist der Hintergrund? Ist das eine besondere Art und Weise, sich eine entsprechende Genugtuung zu holen? Was wird da bestrebt? – Der Hinweis mit der Professur, das passte sehr gut.

Ich muss leider sagen, dass dieser Ansatz auch in der Folge etwas weniger beachtet wurde und in der Folge in der Ermittlung wenig eine Rolle gespielt hatte. Für mich machte das einfach in dem Gesamtzusammenhang mit all den Informationen, auch in schriftlicher Form, sehr deutlich, dass Herr Dr. Friedrich tatsächlich dieses Prestige- und Imagedenken hatte und er sicherlich dahin gehend auch diese Professur anstrebte.

Wie gesagt, dieser Ermittlungskomplex ist, ich glaube, im Rahmen der Kommission weniger beachtet worden. Aber für uns, für mich stellte das definitiv einen Vorteil dar, der auch in einem engen Zusammenhang zu der schon sehr auffälligen Häufung der Vergaben in Richtung der RWTH Aachen, in Richtung des Instituts von Herrn Pinnekamp ... Ja.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Gibt es weitere Fragen? – Herr Kollege Stotko.

**Thomas Stotko (SPD):** Ich muss noch einmal nachfragen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, teilen Sie die Einschätzung der Staatsanwaltschaft nicht, wonach das Strafverfahren diesbezüglich eingestellt wurde.

**Zeuge Marius Richter:** Das ist eine schöne Frage.

**Thomas Stotko (SPD):** Danke.

**Zeuge Marius Richter:** Ich bin vor dem Hintergrund meiner Ermittlung davon überzeugt, dass das sicherlich ein wichtiger Komplex gewesen wäre. Ich weiß allerdings auch, dass teilweise Komplexe eingestellt worden sind, die aus meiner Sicht ebenfalls sehr inhaltsvoll waren und nicht hätten in der Form möglicherweise eingestellt werden dürfen. Aber das ist meine persönliche Meinung.

Ich bin, wie gesagt, nach der Abgabe des Verfahrens an die Kommission nicht weiter in die Ermittlung einbezogen gewesen. Ich war lediglich an diesem einen Termin zugegen und ich war noch im Rahmen der Durchsuchungsmaßnahme als Objektleiter in einem Objekt tätig. Ansonsten, muss ich ganz ehrlich sagen, habe ich einfach nicht die Kapazitäten gehabt, mich in dem Verfahren dann noch weiter auf dem aktuellsten Stand zu halten. Das war nicht möglich.

**Thomas Stotko (SPD):** Das wäre nämlich meine Anschlussfrage gewesen. Sie haben doch gar nicht den Kenntnisstand, den dann später die Kommission hatte und den letztendlich ja die Staatsanwaltschaft hatte, als sie zu ihrer Entscheidung gekommen ist. Können sie denn ausschließen, dass Informationen hinzugekommen sind – Sie haben ja jetzt noch draufgelegt; Sie haben ja gesagt: Eigentlich gibt es noch mehr Dinge, von denen ich finden würde – so habe ich Sie weiter verstanden –, dass man sie hätte weiter verfolgen müssen, die aber nicht weiter verfolgt wurden –, dass es vielleicht weitere Informationen gibt, die Ihnen damals und auch heute nicht mehr zugänglich waren, die jetzt eine andere Beurteilung ergeben würden?

**Zeuge Marius Richter:** Zugänglich? – Wenn ich die Möglichkeit, wenn ... Also ich weiß, ich habe mit Herrn Lech unmittelbar vor dem Durchsuchungseinsatz das Thema Professur angesprochen. Sie werden sehen, wenn Sie meinen Durchsuchungsbericht lesen, dass ich auch den Herrn Meinerz im Rahmen der Durchsuchungsmaßnahmen daraufhin angesprochen habe. Herr Lech hat in dem Zusammenhang erklärt, dass dieser Bereich im Rahmen der Ermittlung keine erhebliche Rolle spielen würde oder nicht weiter ermittelt worden wäre. Daher schließe ich einfach daraus, dass meine Ermittlungen, die ich dahin gehend betrieben habe, auch nicht weiter aufgenommen worden sind.

**Thomas Stotko (SPD):** Welche weiteren Dinge sind nach Ihrem Kenntnisstand eingestellt worden, die wiederum nach Ihrem Kenntnisstand einer Einstellung nicht zugänglich waren?

**Zeuge Marius Richter:** Ich kann mich noch an einen Fall erinnern, und da geht es um die Nutzung des Smart, wonach aus meiner Sicht die Zurverfügungstellung eines Fahrzeugs in der Art und Weise für die private Nutzung von einem Auftragnehmer, der erwiesenermaßen – soweit ich das noch erinnern kann – round about 1 Million € Aufträge bekommen hatte, schon eine Auffälligkeit ist.

Für uns ist das definitiv ein Vorteil. Vielleicht ist es nicht der Vorteil, der jetzt unglaublich klangvoll ist, aber es ist definitiv ein Vorteil, es ist eine Zuwendung, es ist ein Amtsträger, der diese Zuwendung erhalten hatte. Die Verquickung zum Auftragnehmer ist aus unserer Sicht eindeutig, aus meiner Bewertung definitiv. Insofern würde ich diese Einstellung in dem Bereich nicht teilen. Aber das ist meine persönliche Einstellung dazu.

Wie gesagt, ich habe die Gespräche weder mit der Staatsanwaltschaft noch mit den darüber liegenden Instanzen geführt.

**Thomas Stotko (SPD):** Wir sind ja jetzt hier, und da unterstelle ich einmal ...

**Zeuge Marius Richter:** Unter uns.

**Thomas Stotko (SPD):** Nee, das wollte ich nicht sagen. Wir sind in einer öffentlichen Sitzung. Glauben Sie mir, da sind wir nicht unter uns.

Wir sind ja alle hier eher i-Männchen in der Frage der Zusammenarbeit in einem Strafverfahren zwischen einem Anzeigererstatte, der ein Ministerium ist, und dem Landeskriminalamt. Wir kennen es, wie es vielleicht in einem normalen Strafverfahren ist – zumindest die juristischen Kollegen unter uns.

Haben Sie Kenntnis davon, dass es Gespräche gegeben hat zwischen MUNLV, Staatsanwaltschaft und LKA über diese Einschätzung, wonach dann ja Verfahren eingestellt wurden. Hat es da mal Rücksprache mit dem LKA gegeben?

**Zeuge Marius Richter:** Vonseiten?

**Thomas Stotko (SPD):** Vonseiten der Staatsanwaltschaft, Entschuldigung.

**Zeuge Marius Richter:** Die Einstellung ist in jedem Fall zu einem Zeitpunkt erfolgt, als ich keinen Einblick mehr in das Verfahren hatte. Ich weiß nicht, welche Gespräche wie geführt worden sind. Mir ist nur bekannt geworden, dass dieser Vorgang eingestellt worden ist, und ich mich deswegen darüber auch sehr gewundert hatte, dass das tatsächlich passiert ist. Aber ich weiß nicht, welche Gespräche in welchem Zusammenhang dann mit welchen Institutionen geführt worden sind.

Allerdings – das muss man wirklich so deutlich herausstellen – ist es so, dass wir Anzeigen nach § 12 schon in einer relativen Häufigkeit haben. Das Korruptionsbekämpfungsgesetz ist seit der Zeit, seit es quasi gegossen worden ist, auch tatsächlich in die Bereiche durchgedrungen.

Die entsprechenden Anzeigen nach § 12 werden immer in der Art und Weise bearbeitet, dass wir uns sehr stark auch auf die Ziffer 2.6 beispielsweise stützen, wo wir im Grunde genommen interne Abläufe, Prozesse von außen gar nicht ohne die Unterstützung der jeweiligen Behörde beleuchten können und daraus auch keine – zumindest nicht in einer entsprechenden Zeit – entsprechenden Feststellungen treffen können.

Da ist es üblich, dass dieser Austausch mit den Behörden stattfindet. Anders ist es auch nicht machbar. Ich denke, im Rahmen der Kooperation mit dem MUNLV gab es auch in der Folgezeit einen entsprechenden Kontakt, der regelmäßig gepflegt wurde, und dass sicherlich weitere Aspekte in einem Verfahren, die ich in der Kürze der Zeit vielleicht nicht bedacht hatte oder die mir vielleicht nicht aufgefallen sind, dann auch im Rahmen der Kommissionsarbeit noch einmal nachgearbeitet wurden – und das mit Sicherheit in dem Zusammenhang mit den Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, weil das ja nun sehr komplexe Vorgänge waren. Ob jetzt in diesem Austausch thematisiert wurde, dass bestimmte Bereiche eingestellt werden oder nicht, kann ich Ihnen nicht sagen. Das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Thomas Stotko (SPD):** Haben Sie Ihrer Verwunderung über die Einstellung der Verfahren Ausdruck verliehen, das mit Kollegen besprochen, mit Herrn Meuter, mit Herrn Lech und mit wem auch immer?

**Zeuge Marius Richter:** Es ist in der Regel so, dass im Rahmen einer Dienstbesprechung – ich bin ja seit dem letzten Jahr auch Kommissionsleiter und wir haben Besprechungen im Rahmen der Kommissionsleiter – gewisse Dinge natürlich auch kommuniziert werden. Es ist so, dass auch Maßnahmen bzw. auch strategische Ausrichtungen in Verfahren mitunter kontrovers in diesem Kreis diskutiert werden. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, in welchem Zusammenhang mir das bekannt geworden ist, ob das jetzt im Rahmen einer Dienstbesprechung war oder im Rahmen einer kleineren Besprechung.

Ich habe mit Sicherheit meine Verwunderung darüber geäußert. Mit Sicherheit, ja.

**Thomas Stotko (SPD):** Wie war die Reaktion auf diese Äußerung Ihrer Verwunderung?

**Zeuge Marius Richter:** Wahrscheinlich haben viele andere, die in dem Fall auch die Kenntnis hatten, genau so eine Verwunderung gespürt. Ich weiß nicht, wie Sie sich das vorstellen, wie das bei uns ist: dass alle plötzlich klatschen, oder was?

(Heiterkeit)

**Thomas Stotko (SPD):** Ich komme mal vorbei und schau es mir an.

**Zeuge Marius Richter:** Das ist sicherlich so, dass wir darüber reden und dass man natürlich sagt: Mensch, das ist ja schon eigenartig. Dann rekapituliert man natürlich

die entsprechenden Feststellungen oder die Ermittlungsergebnisse und fragt sich natürlich, wie es denn sein kann, dass so ein Vorgang eingestellt wird. Sicherlich, ja.

**Thomas Stotko (SPD):** Ich bin überhaupt nicht der Auffassung, dass Sie noch eine Scharade aufgebaut haben, nein. Jetzt können Sie sich ansatzweise daran erinnern – so verstehe ich Sie zumindest –, dass Sie in einer Kommissionsleiterbesprechung, in welchen Besprechungen auch immer, Ihrer Verwunderung Ausdruck verliehen haben. Sie haben gesagt: Könnt Ihr das verstehen – ich mache es sinnbildlich –, das gibt's doch gar nicht, das und jenes ...?

Jetzt ist nur die Frage: Hat es irgendeinen gegeben, der mal gesagt hat: Ja, kann ich dir erklären, woran das gelegen hat?

**Zeuge Marius Richter:** Ich denke, das wird Ihnen heute keiner erklären können, warum das eingestellt worden ist, weil diese Entscheidung nicht auf der Ebene unseres Dezernates oder des LKA gefallen ist, sondern auf einer anderen Ebene. Insofern glaube ich nicht, dass es ... Also, mir ist nichts bekannt. Möglicherweise gibt es Erklärungen dafür, aber mir ist es nicht bekannt.

**Thomas Stotko (SPD):** Was mir dabei auffällt: den beteiligten LKA-Mitarbeitern, die in der Sache auch lange tätig waren ... Sie nehmen jetzt nicht mit in Ihr Kopfkissen die Tatsache, woran es denn gelegen hat? Es hat keiner kommuniziert. Das wundert mich ein bisschen. Ich frage deshalb noch mal nach. Jeder Anzeigegeratter – nehmen Sie es mir nicht übel –, der irgendeine Straftat in seinem kleinen Örtchen macht, kriegt hinterher einen Bescheid über die Frage, dass die Straftat, das Verfahren eingestellt wurde, meistens mit einer Begründung. In diesem Verfahren, in dem ja viele Menschen lange beschäftigt waren zu ermitteln, wissen Sie und auch andere offensichtlich nicht, warum das Verfahren eingestellt wurde. Das erstaunt mich jetzt. Deshalb meine Nachfrage.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Wir haben hier keine Volkshochschule, ja!)

**Thomas Stotko (SPD):** Wer jetzt? Für Herrn Kress nicht. Wollte ich nicht. Ich habe den Zeugen etwas gefragt.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Der Zeuge wollte gerade antworten. Herr Richter, bitte.

**Zeuge Marius Richter:** Wie gesagt, ich war nicht Mitglied dieser Ermittlungskommission. Das muss man, glaube ich, auch so festhalten. Insofern habe ich da auch keine weiteren Kenntnisse, warum das eingestellt worden ist. Ich glaube, man hat mir auf meine Nachfrage hin keine tatsächlich überzeugende Erklärung dafür gegeben, wonach ich sagen würde: Jawohl, das hat schon seine Richtigkeit.

Überdies besteht ja das Verfahren nicht nur aus diesem Komplex. Es ist ein relativ kleiner Komplex in dem gesamten Verfahren. Ich denke, es gibt da sehr viel mehr

Komplexe. Es wird einen Grund gegeben haben, aus dem das eingestellt wurde – sagen wir's mal so.

**Thomas Stotko (SPD):** Ich habe keine Fragen mehr. – Danke.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Gibt es weitere Fragen von Ihnen an den Zeugen Herrn Richter? – Herr Schmitz.

**Wolfgang Schmitz (CDU):** Ich habe eine Frage zum Verständnis, Herr Zeuge. – Der Schriftverkehr mit der Staatsanwaltschaft, wie läuft das in Ihrem Hause ab? Sie ermitteln, und dann geben Sie noch einmal ab an eine andere Stelle und die gibt das an den Staatsanwalt ab, oder wie habe ich das zu verstehen?

**Zeuge Marius Richter:** Wir ermitteln einen Vorgang. In gewissen Fällen wie auch in diesem Fall ist es so, dass wir sehr, sehr schnell den Kontakt zur Staatsanwaltschaft suchen. Oftmals bekommen wir aber Hinweise, die möglicherweise Anhaltspunkte für eine Straftat beinhalten, diese aber nicht insoweit konkret sind, dass wir bereits ein Strafverfahren einleiten können.

In jedem Fall ist es aber so, dass wir nach Abschluss der Ermittlung ... Da muss man sagen, dass wir die Ermittlung nicht bis zum Ende führen, sondern wir ermitteln im Wesentlichen die Sachverhalte an, um feststellen zu können, ob tatsächlich ein Anfangsverdacht gegeben ist oder nicht. Wenn er gegeben ist, wird eine entsprechende Strafanzeige gefertigt. Diese Strafanzeige wird dem Vorgang vorgeheftet, und mit einer entsprechenden Abverfügung geht das an die zuständige Staatsanwaltschaft.

Es wird diesbezüglich keine andere Stelle in unserem Hause mehr involviert.

**Wolfgang Schmitz (CDU):** Dann habe ich das richtig verstanden, dass Sie danach auch in dem Schriftverkehr – wie auch immer – gar nicht mehr eingebunden sind? Wenn der Staatsanwalt sagt, ich halte einen Tatverdacht nicht für gegeben, und stellt wie hier – aus welchen Gründen auch immer – das Verfahren ein, wird Ihre Behörde darüber nicht mehr benachrichtigt. Er stellt ein, und Sie kriegen die Einstellungsverfügung?

**Zeuge Marius Richter:** Mitunter bekommen wir noch nicht einmal eine Einstellungsverfügung. Ja, das muss man auch mal so sehen. Wir fragen schon mal nach. Es ist für uns durchaus wichtig zu wissen, wie sich ein Fall weiter entwickelt hat. Es ist in der Regel aber so, dass noch Ermittlungsbedarf besteht. Das heißt, der Staatsanwalt übermittelt diesen Vorgang dann an die örtlich zuständige Fachdienststelle, in der Regel ein Fachkommissariat in dem Bereich der Wirtschaftsermittlungen. Von da aus werden die notwendigen Ermittlungen dann fortgeführt – wie das in der gleichen Art und Weise in unseren Kommissionen der Fall ist.

Es ist so, dass der Vorgang dann nicht mehr bei mir auf dem Tisch ist, sondern dann in die Kommission abgegeben wird. Alle weiteren Ermittlungen laufen dann innerhalb

dieser Kommission. Da finden auch alle weiteren Maßnahmen statt. Insoweit bekommen wir diesbezüglich keine Kenntnis.

**Wolfgang Schmitz (CDU):** Dann habe ich noch eine letzte Frage; das habe ich Ihren Kollegen auch gefragt: Während des gesamten Zeitraums des Verfahrens – Sie waren ja ziemlich lange damit beschäftigt –, hat da jemand außerhalb der im LKA bestehenden Hierarchie, insbesondere aus dem Innenministerium, aus dem Justizministerium, dem Umweltministerium, dem Landtag oder dem sonstigen politischen Bereich Einfluss auf Ihre Tätigkeit genommen oder Entsprechendes versucht?

**Zeuge Marius Richter:** Definitiv bei meiner Tätigkeit nicht. Ich habe meine Tätigkeit, meine Ermittlung immer eng mit Herrn Meuter abgestimmt. Für uns war es wirklich sehr wichtig, dass wir objektive Ermittlungsergebnisse erzielen anhand von objektiv nachweisbaren Beweismitteln. Das war die Ausrichtung.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Vielen Dank. – Gibt es weitere Fragen an Herrn Richter? – Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

Dann danken wir Ihnen, Herr Richter, für Ihr Kommen. Ihre Aussage ist protokolliert worden. Sie erhalten in den nächsten Tagen einen Vorabausdruck des Protokolls. Wenn Sie der Auffassung sind, dass Ihre Aussage falsch wiedergegeben ist, können Sie innerhalb von 14 Tagen Einwendungen erheben. Dann melden Sie sich bitte bei uns.

Sollte das der Fall sein, müsste sodann jedoch der Ausschuss darüber entscheiden, ob das Protokoll einer inhaltlichen Änderung bedarf.

Ich darf Sie allerdings bitten, den Protokollauszug, den Sie bekommen, dritten Personen – auch auf Ihrer Dienststelle – nicht zur Kenntnis zu bringen.

Nach Beratung über das Ergebnis Ihrer Einvernahme wird der Untersuchungsausschuss über die Beendigung oder über die Fortsetzung Ihrer Vernehmung beschließen. Falls wir Sie hier noch einmal brauchen sollten, erhalten Sie noch rechtzeitig von uns Bescheid.

Für heute war es das erst einmal. Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend. Kommen Sie gut nach Hause.

Wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich darf darauf aufmerksam machen, dass wir unsere Beweisaufnahme am Montag, dem 07. Dezember 2009, um 10 Uhr fortsetzen.

Damit schliesse ich den öffentlichen Teil. Mir liegen auch keine Wünsche vor, einen nichtöffentlichen Teil anzuschließen. – Doch, Herr Orth.

**Dr. Robert Orth (FDP):** Eine ganz kleine Millisekunde nur.

**Vorsitzender Thomas Kutschaty:** Im nichtöffentlichen Teil. Gut. Dann verabschieden wir uns bei unseren Zuhörern.

(Es schließt sich ein nichtöffentlicher Sitzungsteil – siehe nöAPr 14/213 – an.)